

Sollen die öffentlichen Betriebe die Löhne abbauen?

Autor(en): **Bratschi, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331101>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JUNI 1932

HEFT 10
11. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Sollen die öffentlichen Betriebe die Löhne abbauen?

Von *Robert Bratschi*.

Bundesrat Musy hat den Ehrgeiz, als Prophet des Lohnabbaues zu gelten. Er war der erste Magistrat, der dieses Mittel als notwendig, ja als das allein mögliche erklärte, um die Krise, deren Dauer er auf viele Jahre schätzt, überwinden zu können. Er hat den Lohnabbau als allgemeine Maßnahme gefordert, die in allen öffentlichen und privaten Betrieben durchgeführt werden müsse. In seinen Propagandareden hat Herr Musy den Lohnabbau in der Hauptsache mit Argumenten wirtschaftlicher Natur begründet. Die Schweiz müsse ihr ganzes Preisniveau senken und der internationalen Marktlage anpassen, wenn sie ihren Export sichern und damit die Wirtschaft retten wolle. Eine wichtige Rolle spielen dabei nach Ansicht des Herrn Musy die Löhne.

Wir vertreten nicht die Anschauung, daß die Festsetzung der Löhne nur eine Machtfrage sei. Andere Faktoren spielen dabei mit, weil die Löhne tatsächlich auch einer der zahlreichen Preisbildungsfaktoren sind. Die Bedeutung der Löhne für die Preisbildung ist aber im kapitalistischen System hauptsächlich aus zwei Gründen stark zurückgegangen, und zwar einmal, weil in der Epoche der Rationalisierung die Kapitalinvestitionen in den Betrieben und die daherigen Lasten absolut und verhältnismäßig gewaltig gestiegen sind, und sodann, weil die Ausschaltung der Konkurrenz, durch Gründung von Organisationen zum Zwecke von Preisabmachungen und Preisbindungen, die Preise von den Löhnen mehr und mehr unabhängig macht. Es besteht daher gar kein Zweifel darüber, daß die Rolle der Löhne bei der Preisbildung seitens der Arbeitgeber maßlos übertrieben wird. Diese Seite des ganzen Problems ist in der Öffentlichkeit schon so eingehend erörtert worden, daß an dieser Stelle ein allgemeiner Hinweis genügt.

Ebenso ist schon gezeigt worden, daß es kein international anerkanntes Preisniveau gibt, und daß also auch keine Anpassung daran möglich ist. Die Preise und Löhne sind gegenwärtig, wie in jeder andern Epoche, von Land zu Land verschieden. Dabei gründet sich die Verschiedenheit auf unzählige Ursachen, wobei Lebensgewohnheiten und Kulturstand der einzelnen Völker eine große Rolle spielen. Von entscheidender Bedeutung war und bleibt natürlich auch der Einfluss der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. Zu den früher bekannten Ursachen kommen gegenwärtig noch die zahlreichen Gründe, die mit den Kriegsfolgen im Zusammenhang stehen, sowie das mangelhafte Geldsystem und der Währungszerfall in einer großen Reihe von Ländern. Daß die Ungleichheit der Löhne und Preise nicht als Hauptursache der Krise anzusehen ist, zeigt sodann auch ein Hinweis auf die letzte Hochkonjunktur bis 1929/30. Sie war trotz den weitestgehenden Preis- und Lohnunterschieden möglich. Die Beispiele Deutschland und Italien zeigen sodann, daß kein Export mit noch so weit herabgesetzten Preisen und Löhnen erzwungen werden kann, weil die andern ganz einfach die Türe zuschlagen. Diese Politik leistet nur der gegenseitigen Abschnürung Vorschub, unter der wir am meisten zu leiden haben. So kommt es, daß Deutschland heute einem großen Ausverkauf gleicht. Es fehlt nur einer dabei: der Käufer. Dabei handelt es sich nicht um einen freiwilligen, sondern um einen durch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit erzwungenen Käuferstreik. Deutschland hat seine Produktionsmöglichkeiten ins Riesenhafte gesteigert. Das Ausland aber schließt die Grenzen und das eigene Volk hungert bei gefüllten Scheunen und stillstehenden Fabriken!

Das aber ist die Wirtschaftspolitik, die Bundesrat Musy für unser Land empfiehlt. Wegen ihr soll der Lohnabbau auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Um sie zu ermöglichen, soll der Bund das Signal zu einem solchen Lohnabbau geben.

Die Arbeitgeber schimpfen oft über die hohen Taxen und Gebühren der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe. Mit Vorliebe setzen sie mit ihrer Kritik bei den Bundesbahnen an. Sie schrecken dabei vor grober Irreführung der Oeffentlichkeit keineswegs zurück. Ihnen ist jedes Mittel gut genug. Einen Beweis dafür lieferte ein Pamphlet, das während der Märzsession in der Bundesversammlung zur Verteilung gelangte und den Titel «Wirtschaftliche Notwendigkeiten» trägt. Es werden dabei die öffentlichen Unternehmungen kritisiert. Ueber die Bundesbahntaxen werden zahlenmäßige Angaben gemacht. Sie beziehen sich aber nur auf den allgemeinen Tarif des Güterverkehrs. Die Verfasser des Elaborates müssen aber genau wissen, daß mehr als 70 % aller Gütertransporte auf Grund von Ausnahmetarifen geführt werden. Im Vergleich mit dem Jahre 1913 betrug der Taxindex der Bundesbahnen im Jahre 1931

im Personenverkehr	142,5
im Güterverkehr	125.

Er ist also bedeutend niedriger als der Index der Kosten der Lebenshaltung im gleichen Jahre. Die Arbeitgeber wissen das ganz genau, aber sagen es nicht.

Nun aber die Frage, könnte mit einem Lohnabbau eine weitere Taxreduktion der Bundesbahnen durchgeführt werden? Der Bundesrat, der den Lohnabbau fordert, der Verwaltungsrat der Bundesbahnen, der mehrheitlich dieser Forderung beigetreten ist, und die Arbeitgeberverbände, welche die beiden genannten Behörden zu ihrer Stellungnahme veranlaßt haben, wissen ganz genau, daß davon gar keine Rede sein kann. Eine weitere Senkung der Eisenbahntarife kommt gar nicht in Frage. Welchen Einfluß hat also der Lohnabbau der Bundesbahnen auf die Wirtschaft? Es bleibt nur die Schwächung der Kaufkraft und damit des schweizerischen Marktes. Eine andere als diese krisenverschärfende Wirkung fällt außer Betracht.

In neuester Zeit hat Bundesrat Musy den Lohnabbau auch mit der Finanzlage des Bundes und ganz besonders der Bundesbahnen begründet. Wie verhält es sich in dieser Hinsicht?

Es ist wahr, daß die Bundesfinanzen stark unter der Krise leiden. Die Finanzpolitik der regierenden Parteien, die darin gipfelt, daß die Einnahmen fast ausschließlich auf indirekten Konsumsteuern beruhen, trägt die Hauptschuld daran. Dazu kommt die unglückliche Getreidepolitik Musys, die den Bund im Jahr mehr als 25 Millionen Franken kostet, ohne daß dafür Deckung vorhanden wäre. Daß am Militärbudget kein nennenswerter Abstrich gemacht werden darf, ist klar. Noch weniger kommt für Musy eine Belastung des Kapitals in Frage, das Jahre mit größten Gewinnen hinter sich hat. Besonders aber wird auf das zu befürchtende Defizit der Bundesbahnen hingewiesen. Das Gleichgewicht soll bei ihnen und bei den andern Verkehrsanstalten des Bundes auf dem Wege des Lohnabbaues gesucht werden. Was ist zu erwarten? Es ist klar, daß der Abbau sich zunächst im gewünschten Sinne auswirken wird. Die Ausgaben werden sinken, und das Defizit wird kleiner werden. Die Störung des Gleichgewichtes rührt aber von der Einnahmenseite her. Ohne daß die Ursachen, denen die eingetretenen Ausfälle zuzuschreiben sind, beseitigt sind, ist auch keine Sanierung zu erwarten. Die Wirtschaftspolitik aber, von welcher der Lohnabbau nur *ein* Bestandteil ist, führt zwangsläufig zu einem weiteren Rückgang der Einnahmen. Der Lohnabbau, als erster Schritt dieser Politik, führt daher nur scheinbar zu einer Sanierung. In Wirklichkeit hat er das Gegenteil zur Folge. Wohl senkt er die Ausgaben der Bundesverwaltung und der Bundesbahnen, gleichzeitig führt er aber zu einer Schrumpfung des schweizerischen Konsums, damit zu weiteren Störungen der Wirtschaft und zu weiterem Rückgang der Einnah-

men und Transporte. Herr Musy aber braucht das Gegenteil dieses Rückganges, wenn er wirklich sanieren will. Jeder weitere Schritt seiner Politik führt ihn daher weiter von der gewünschten Sanierung weg. Die Einnahmen werden immer stärker sinken, als er die Ausgaben herabsetzen kann. Besonders ungünstig wird sich diese Entwicklung für die Bundesbahnen gestalten. Sie müßten alles begünstigen, was die normale Zirkulation der Güter ermöglicht und das Reisen der Menschen erleichtert; sie folgen der Politik Musys und machen damit genau das Gegenteil davon.

Herr Musy und der Bundesrat sprechen euphemistisch von einer Anpassung der Löhne und vermeiden systematisch das Wort Abbau. Es wird sogar geltend gemacht, der *Reallohn* müsse unter allen Umständen gesichert werden. Es kann nicht scharf genug darauf hingewiesen werden, daß es sich dabei um ein ganz schlimmes Schlagwort handelt. Jeder Lohnabbau kann damit beschönigt werden, daß der Reallohn nicht gesenkt werden solle. Es kommt immer darauf an, mit welchem Zeitpunkt der Vergleich ange stellt wird. Der Bundesrat vergleicht mit den Jahren 1927 und 1913. Die Arbeitgeber ziehen das letztgenannte Jahr mit Vorliebe zum Vergleich heran. Es ist das letzte Vorkriegsjahr. Im Jahre 1927 aber ist das neue Beamten gesetz zu Ende beraten worden. Kann die Arbeiterschaft allgemein oder das Bundespersonal im besondern einem solchen Vergleich und den daraus gezogenen Schlüssen zustimmen? Wir verneinen diese Fragen mit der größten Bestimmtheit. Wer sagt denn dem Arbeitgebertum und seinen Anwälten in den Behörden, daß die Arbeiterschaft mit dem, was 1913 oder 1927 erreicht worden ist, zufrieden gewesen sei, oder daß sie diesen Stand gar als das Ende der sozialen Entwicklung für lange Zeit anerkennen kann? Wie sind denn diese Löhne überhaupt zustande gekommen? Es handelt sich einfach um das, was in jener Zeit die Arbeiterschaft der besitzenden Klasse hat abringen können, nicht einmal das, was damals wirtschaftlich ohne weiteres möglich gewesen wäre. Die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft ist aber weiter gestiegen, und der Einfluß der Arbeiterschaft muß auch größer werden. Der Anteil der Arbeit am Ertrag der Produktion muß daher absolut und prozentual auch weiter gesteigert werden können, wenn wir nicht freiwillig einem sozialen Stillstand und «Frieden» auf Kosten der Arbeiter zustimmen wollen. Daß davon keine Rede sein kann, ist wohl klar.

Daß der geplante Lohnabbau gegenüber dem Zustand, der unmittelbar vor seiner eventuellen Durchführung bestanden haben wird, auch eine Senkung des Reallohnes und damit eine Verschlechterung der Lebenshaltung der betroffenen Volkskreise darstellt, wird von keiner Seite bestritten. Dafür predigt Herr Musy ja die Rückkehr zur Einfachheit. Selbstverständlich gilt das Rezept nur für diejenigen, die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen. Es wird verkündet, um das gegenwärtige System zu ret-

ten und einer dünnen Oberschicht Luxus und Ueberfluß auf alle Zeiten zu sichern. Daß den breiten Massen des Volkes Einfachheit und Einschränkung in einer Zeit empfohlen wird, die, gemessen an der bestehenden Produktionsfähigkeit, mehr als jede andere unter der ungenügenden Konsumtion leidet, ist sicher charakteristisch für die Art und Weise, wie gegenwärtig die Wirtschaft «geführt» wird.

Der Reallohntheorie entspringt der Gedanke der sogenannten gleitenden Lohnskala. Es handelt sich darum, die einmal festgesetzten Löhne in bestimmte Beziehung zu den Preisen zu bringen und damit Veränderungen im Reallohn zu vermeiden. Herr Musy hat größte Anstrengungen gemacht, um eine entsprechende Bestimmung in das Beamtengesetz zu bringen. Das Parlament hat die Anträge abgelehnt. Nun soll die Absicht mit dem neuen Gesetz verwirklicht werden, das der Bundesrat in der Junisession dem Parlament vorlegen will. Allerdings soll es sich vorläufig um ein Uebergangsstadium von einigen Jahren handeln. Während dieser Zeit soll das Parlament das Recht erhalten, die Löhne um 15 % nach unten und oben von der Basis des Gesetzes vom Jahre 1927 zu ändern. Ohne Zweifel hat Musy die Absicht, diese Regelung später definitiv zu gestalten. Er hofft, auf diesem Wege dem Bundespersonal jede wirkliche Verbesserung seiner sozialen Lage auf unabsehbare Zeit zu verunmöglichen. Daß seine Spekulation richtig wäre, wenn die gleitende Skala angenommen würde, ist sicher. Es muß mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß ihre Existenz eine wirkliche Verbesserung der Löhne, d. h. deren Steigerung, ohne daß zuerst die Preise entsprechend gestiegen sind, ungemein erschweren würde.

Außer dem Finanzminister tritt auch der Bauernsekretär für die gleitende Lohnskala ein. Interessant ist, daß dabei der eine auf die niedern und der andere auf die hohen Preise spekuliert. Musy will mit Hilfe des Preisabbaues die Löhne senken und damit die Ausgaben herabsetzen; Laur hofft, daß die gleitende Lohnskala die Hochhaltung der Preise in der Landwirtschaft erleichtern werde. Sinken die Preise, so haben die Arbeiter nichts davon, weil die Löhne auch sinken, steigen aber die Preise, so kann das den Arbeitern gleichgültig sein, weil die Löhne auch steigen, also werden sich die Konsumenten nicht mehr gegen hohe Produktpreise der Landwirtschaft wehren. Das ist die Ueberlegung des Bauernsekretärs. Wir glauben, daß sich Herr Prof. Laur einer für ihn gefährlichen Illusion hingeebe. Wenn die gleitende Lohnskala auf der ganzen Linie durchgeführt wäre und jede Preissenkung sofort eine Lohnsenkung nach sich ziehen müßte, also eine entsprechende Reduktion der Ausgaben der öffentlichen und privaten Arbeitgeber zur Folge hätte, dann wäre ohne Zweifel ein ganz anderer Preisdruck auf die landwirtschaftlichen Produkte und andern Konsumgüter zu erwarten, als er sich gegenwärtig geltend macht. Auch wäre die Steigerung des

Konsums durch die breiten Massen des Volkes, von der ja Wohl und Wehe der Landwirtschaft abhängt, verunmöglicht, weil die Reallöhne und damit die Konsumkraft dieser Volkskreise «eingefroren» wären.

Wenn einmal eine gleitende Lohnskala eingeführt würde, so müßte sie mit Kautelen umgeben werden, die ihren hemmenden Einfluß auf den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich machen würde. Es müßten Sicherungen für periodische Verbesserungen des Reallohnes geboten werden, die im Zusammenhang mit der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und der Intensität der Arbeit stehen würden. Auch müßten sie eine bessere Verteilung des Arbeitsertrages zugunsten des Faktors Arbeit ermöglichen. Das alles setzt eine Wirtschaftsordnung voraus, die wir noch nicht besitzen, sondern erst erkämpfen müssen. Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist die gleitende Lohnskala nur ein weiteres Mittel der Ausbeutung und muß daher abgelehnt werden.

Wir haben im vorstehenden versucht, über die Frage des Lohnabbaues allgemein und in den öffentlichen Betrieben in Sonderheit einige Gedanken zu äußern, die in der bisherigen Diskussion vielleicht noch weniger zur Geltung gekommen sind. Wie die ganze bisherige Stellungnahme der Arbeiterschaft, zeigen sie, daß der Lohnabbau und die ganze damit in Verbindung stehende Wirtschaftspolitik zu keiner Lösung der Krise führen kann, sondern daß wir mit diesen Mitteln immer weiter in Not und Schwierigkeiten geraten müssen. Der Lohnabbau im Bund kann den Bundesbetrieben nicht helfen. Er soll auch nur durchgeführt werden, um dem Abbau in Kantonen und Gemeinden den Weg zu ebnen und in den privaten Betrieben weiter zu erleichtern. Im Grund der Dinge handelt es sich einfach darum, die ganze Last der Krise auf die Schultern der Arbeitnehmer in Werkstatt und Büro abzuwälzen, nachdem die Kapitalisten den Goldregen der Hochkonjunktur eingeheimst haben. Daß davon ein Teil in gewagten, ja liederlichen Spekulationen im Ausland wieder verlorengegangen ist, ist kein Grund für die Arbeiter, Opfer zu bringen, sondern ein Anlaß zu schärfster und gerechter Kritik.

Dem negativen Wirtschaftsprogramm des Bundesrates mit dem Lohnabbau als der Arbeiterschaft zugedachtes Krisenopfer stellen wir daher das positive Programm der Gewerkschaften mit der Krisensteuer als bescheidene Leistung der Nutznießer der Hochkonjunktur gegenüber.
